

Changhong (Chinas größter Hersteller von Fernsehgeräten in der Provinz Sichuan) in einem Interview mit der *Financial Times* Mitte August d.J. betonte, sei sein Verständnis der Umstrukturierung der Staatsbetriebe zwar, daß die großen Fische die kleinen fressen könnten und die schnellen Fische die langsamen, doch daß sich sein Unternehmen keine toten Fische einverleiben wolle. (FT, 14.8.97)

Als weitere zentrale Maßnahme zur Reform der Staatsunternehmen wird die Umstrukturierung der Staatsunternehmen in Kapitalgesellschaften von der Regierung gefördert. Das Ziel ist hierbei, durch Definieren der Eigentumsrechte eine Trennung von Eigentum und Management herbeizuführen und die Unternehmen aus der Umklammerung der Lokalbehörden zu lösen. Durch den Schutz „ihrer“ Unternehmen vor der Konkurrenz anderer Regionen haben die Lokalbehörden oftmals die mangelnde Konkurrenzfähigkeit von Staatsunternehmen überdeckt.

Die Beispiele erfolgreicher Unternehmen machen deutlich, daß der Grad der wirtschaftlichen Autonomie sowie die Konkurrenzsituation von entscheidender Bedeutung für den Erfolg der Unternehmen ist. Unternehmen wie beispielsweise Guangdong Kelon, einer der größten Hersteller von Kühlschränken, wurde als gemeindegeleitetes Unternehmen nur sehr lose von den Lokalbehörden kontrolliert. Ein anderes Beispiel ist das oben bereits erwähnte Sichuaner Unternehmen Changhong, das sich von den ehemals engen Bindungen zum Militär unabhängig machen konnte. Mit Blick auf die sehr wettbewerbsfähigen chinesischen Unternehmen in einer Reihe von Konsumgüterbranchen, insbesondere bei Haushaltsgeräten, wird die besondere Bedeutung offener Märkte für die Konkurrenzfähigkeit chinesischer Unternehmen deutlich. (FT, 14.8.97)

Bis Ende 1996 wurden rd. 9.200 Kapitalgesellschaften gegründet, die meisten davon sind neu gegründete und umstrukturierte Staatsbetriebe. 530 Unternehmen notierten zu diesem Zeitpunkt an der Börse und konnten sich auf diese Weise notwendiges Kapital für ihre Modernisierung beschaffen. Untersuchungen zeigen außerdem, daß durch die neue rechtliche Struktur, die eine Bewertung der Vermögenswerte notwendig macht, Fusionen, Akquisitionen und Konkurse besser abgewickelt werden konnten. Die Frage, ob es bei den

öffentlich angebotenen Kapitalanteilen um eine Privatisierung handelt, wurde vor kurzem von der Regierung jedoch mit dem Hinweis abgelehnt, daß der Staat in mehr als 70% der börsennotierten Unternehmen noch über die Kapitalmehrheit verfügt. (*China aktuell*, Mai 1997, S. 419 ff)

Statistiken der Staatlichen Kommission für die Umstrukturierung der Wirtschaft zeigen, daß die 100 staatseigenen Unternehmen, die 1994 in einer Experimentierphase für die Umwandlung in Kapitalgesellschaften ausgewählt worden waren, ihre Aktiva seitdem um 27,6% erhöhen konnten. (XNA, 18.8.97) Der Erfolg der in Kapitalgesellschaften umgewandelten Staatsunternehmen wird wohl dazu führen, daß zukünftig die Umstrukturierung der Staatsunternehmen in Kapitalgesellschaften schneller vor sich gehen wird.

Die Frage, wie der staatliche Sektor am besten reformiert werden kann, hat lange Zeit als ein unüberwindbarer Graben zwischen den Vertretern einer eher liberalen marktwirtschaftlich orientierten Reform und konservativen Vertretern in der Parteiführung gestanden. (IHT, 19.8.97) Die geringe Wirksamkeit vieler Reformmaßnahmen und die hohen Verluste staatlichen Vermögens durch illegale Methoden der Privatisierung zwingen jedoch dazu, das Thema Privatisierung bzw. quasi-Privatisierung erneut zu diskutieren. -schü-

## 17 Shanghais Kooperation mit anderen Provinzen

Nach Angaben der Xinhua-Nachrichtenagentur wirkt sich die wachsende ökonomische Zusammenarbeit zwischen Shanghai und anderen Regionen Chinas als positiver Anreiz für die wirtschaftliche Entwicklung der Metropole aus.

Insgesamt wird von 3.475 Unternehmen aus Shanghai berichtet, die 10,6 Mrd. Yuan in anderen Provinzen investiert haben. Im Gegenzug haben sich aus verschiedenen Provinzen 10.279 Unternehmen in Shanghai niedergelassen, die ein Kapital in Höhe von 24,5 Mrd. Yuan in verschiedene Wirtschaftsbereiche der Stadt investiert haben. Aus dem Shanghaier Industriesektor flossen rd. 2 Mrd. Yuan in 50 inter-provinzbezogene Projekte. Mit über 80% entfiel der Hauptanteil dieser Investitionen auf die Yangzi-Region und auf Provinzen im Westen.

Zu den Kooperationen zählen gemeinsame Projekte in der Industrie, im Handel, Finanzsektor, Technologie, Landwirtschaft, Bildung und im Gesundheitswesen. Die Zusammenarbeit bei Agrarprojekten wirkte sich positiv auf die Versorgung der Stadt mit landwirtschaftlichen Produkten aus.

Derzeit plant die Shanghaier Regierung, die Kooperation mit großen Unternehmen aus der Inlandsregion in den Bereichen Investitionen und Absatz zu verstärken, um damit die wirtschaftliche Entwicklung Shanghais und der Kooperationspartner zu stärken. (XNA, 1.8.97)

Shanghai hat auch als wirtschaftlich relativ gut entwickelte Metropole die Verpflichtung, ärmere Gebiete in China zu fördern. Im Rahmen des Fünfjahresplanes zur Hilfe für die Armen in Südwestchina hat Shanghai die Provinz Yunnan als Partnerprovinz zu unterstützen. Hierfür gründete die KP Shanghai sowie die Shanghaier Stadtregierung eine Führungsgruppe für die Förderung der Armen und arbeitete im letzten September einen Plan aus.

Die finanzielle Unterstützung und Materialhilfe für Yunnan wird von 12 Sektoren der Stadt geleistet werden, insbesondere aus den Bereichen Industrie, Landwirtschaft, Bildung, Wissenschaft und Technologie, Gesundheit und Tourismus. Insgesamt sind in der Planung 107 Einzelprogramme zur Hilfe für die Armen aufgeführt, die Finanzmittel in Höhe von 732 Mio. Yuan erforderlich machen.

Zu den in Angriff genommenen Projekten zählt beispielsweise der Bau von 105 Grundschulen in Yunnan, hierdurch konnten 12.500 Schulabbrecher wieder die Schule besuchen. Außerdem wurde der Bau von Zuckerrohrfabriken gefördert. Weiterhin hat die Shanghaier Bildungskommission mit den entsprechenden Vertretern in der Provinz Yunnan 260 Vereinbarungen zur Ausbildung von 2.000 lokalen Lehrern unterzeichnet. Darüber hinaus entsandte die Gesundheitsabteilung der Shanghaier Regierung Medizinergruppen nach Yunnan und stellte rd. 1,14 Mio. Yuan für die Verbesserung der Gesundheitsversorgung in 20 armen Kreisen und Dörfern der Provinz Yunnan bereit. (XNA, 13.8.97) -schü-

---

## Außenwirtschaft

---

## 18 China macht weitergehende Zugeständnisse für WTO-Beitritt

Die fünfte Verhandlungsrunde der Arbeitsgruppe zur Aufnahme Chinas in die WTO endete am 1.8.97 in Genf. Zwar hat China erneute Zugeständnisse hinsichtlich der Bedingungen gemacht, die im zukünftigen Beitrittsprotokoll festgelegt werden sollen, doch forderten die WTO-Mitglieder weitere Liberalisierungsschritte. Bis zum nächsten Zusammentreffen der Arbeitsgruppe Mitte Oktober wird China Gelegenheit haben, neue Vorschläge auszuarbeiten.

Nach Angaben des Leiters der chinesischen Delegation bei der WTO und stellvertretendem MOFTEC-Minister, Long Yongtu, hatte China hinsichtlich der Marktöffnung folgende Angebote gemacht (XNA, 3.8.97):

- China verzichtete auf das Recht, Exportsubventionen für landwirtschaftliche Produkte wieder einzuführen.
- Hinsichtlich der zeitlichen Planung für das Auslaufen von nichttarifären Handelshemmnissen machte China weitgehende Zugeständnisse.
- China ist bereit, die Übergangszeit für 86 Importkategorien von ursprünglich 12 Jahren auf acht Jahre zu verkürzen; dies betrifft auch Fahrzeuge und Fahrzeugteile.
- Während der Übergangszeit sollen die Importquoten um 8 und 12% zunehmen können, um den ausländischen Anbietern von Fahrzeugen, Maschinen und Elektronikprodukten einen schrittweise verbesserten Marktzutritt zu ermöglichen.
- Vor der fünften Verhandlungsrunde der Arbeitsgruppe zur Aufnahme in die WTO hat China bilaterale Verhandlungen mit fast 20 WTO-Mitgliedsländern über Fragen der Zollreduzierung durchgeführt. Im Durchschnitt wird Importzollsatz niedriger als 15% liegen.

Long Yongtu nahm auch zu der Frage der Liberalisierung des Dienstleistungssektors Stellung. Zwar verstehe er das Interesse an einer schnellen Öffnung, doch werde China diese nur schrittweise durchführen können. Erst müsse dieser Sektor ein höheres Entwicklungsniveau aufweisen, bevor ausländische Anbieter in größerem

Umfang zugelassen werden könnten. (SWB FE/D2988/CNS, 4.8.97)

Ursprünglich hatte die chinesische Seite gehofft, daß die Verhandlungen bis Ende Oktober d.J. so weit fortgeschritten sein würden, daß während des geplanten Zusammentreffens von Jiang Zemin mit Bill Clinton ein Durchbruch in dem Beitrittsverfahren hätte angekündigt werden können. Es scheint jedoch auch dieser Termin nicht erreichbar zu sein, nachdem bereits in den letzten Jahren die Bemühungen nur sehr schleppend vorangegangen waren.

Nach wie vor drängen die USA, Japan und die EU auf weitergehende Öffnung des chinesischen Marktes und kürzere Übergangsperioden für den Schutz in der inländischen Industrien. Nach den Vorstellungen der EU sollen beispielsweise die Übergangszeiten für nichttarifäre Hemmnisse auf fünf bis sechs Jahre verkürzt werden. Auch der von China vorgeschlagene durchschnittliche Zolltarif von 15% ist weitaus höher als die Zölle der großen WTO-Mitgliedsländer. Die EU beispielsweise weist im Durchschnitt einen Zollsatz von 8% aus. Andere noch ungelöste Fragen betreffen die Gleichbehandlung von In- und Ausländern, den Beitritt zum neu von der WTO ausgehandelten Abkommen über Informationstechnologie etc. (SCMP, 1.8. und 10.8.97) -schü-

## 19 Rückgang der Auslandsinvestitionen als Folge veränderter Importzölle auf Kapitalgüter

Die ausländischen Direktinvestitionen im 1.Halbjahr 1997 zeigen deutlich rückläufige Tendenzen. Daß diese Entwicklung in engem Zusammenhang mit der Abschaffung von Zollpräferenzen für den Import von Kapitalgütern durch Joint Venture-Unternehmen steht, hat Ministerpräsident Li Peng gegenüber der ausländischen Presse Ende August d.J. eingestanden.

Die neuen Importvorschriften, so Li Peng, hätten nicht dem Ziel gedient, Auslandsinvestoren abzuschrecken, sondern ausländisches Kapital in bestimmte Bahnen zu lenken. Obwohl das Volumen der Investitionen zurückgegangen sei, wäre mehr Kapital in produktive Industrien geflossen. Anstatt in den Immobiliensektor zu investieren, in dem bereits Überkapazitäten bestehen würden, hätten ausländische Unter-

nehmen stärker in technologieintensive Industrien investiert. (SCMP, 27.8.97)

Mit 9.763 Projekten fiel im 1.Halbjahr 1997 ihre Anzahl gegenüber der Vorjahresperiode um 30,6%. Das Volumen der vertraglich zugesagten Investitionen betrug 22,93 Mrd. US\$, das war ein Rückgang um 48,76% im Vergleich zum 1.Halbjahr 1996. Eine Steigerung konnten noch die realisierten Direktinvestitionen aufweisen, die sich auf 20,72 Mrd.US\$ beliefen und sich damit um 5,35% erhöhten. (NfA, 25.8.97)

Die Zentralregierung hatte die Präferenzen im Import von Kapitalgütern für Unternehmen mit ausländischem Kapital zum 1.April 1996 aufgehoben, jedoch den Auslandsunternehmen eine Übergangszeit eingeräumt. Ursprünglich sollte für Projekte mit einem Importwert von weniger als 30 Mio. US\$ an Kapitalgütern die zollfreie Einfuhr bis Ende 1996 und für Importe mit einem Wert von mindestens 30 Mio. US\$ die zollfreie Einfuhr bis Ende 1997 verlängert werden. Zwischenzeitlich hat die Beijinger Regierung bereits zwei sechsmonatige Verlängerungen bis zum Jahr 1998 für Kapitalgüterimporte bis zu einem Wert von unter 30 Mio. US\$ eingeräumt. Provinzen wie Guangdong, Jiangsu und Shanghai, die stark außenwirtschaftlich eingebunden sind, haben bei der Zentralregierung auf die Wiedereinführung der zollfreien Importe für Kapitalgüter durch Unternehmen mit Auslandskapital gedrungen. Diese Provinzen berichten von Schwierigkeiten bei der Realisierung von High-Tech-Projekten mit ausländischer Beteiligung aufgrund der zollrechtlichen Änderungen. Ausländischen Experten zufolge sehen sich die Auslandsinvestoren nunmehr einem 20%igen Anstieg der Investitionskosten gegenüber. Hierdurch seien vor allem mittelständische Unternehmen von Investitionen in China abgeschreckt worden. (SCMP, 8.8.97)

In dem o.g. Interview wurde Ministerpräsident Li Peng auch auf Fragen der weiteren Liberalisierung von Investitionsbedingungen angesprochen. Ein hemmender Faktor für Auslandsunternehmen ist z.B. die Auflage, daß ausländische Unternehmen im Durchschnitt lediglich 10-20% ihrer Produktion auf dem Inlandsmarkt absetzen dürfen. Hierauf angesprochen stellte Li Peng keine Änderung in Aussicht, sondern betonte vielmehr, daß diese Regelung den ausländischen In-

vestor schützen würde. Da der Markt noch sehr beschränkt sei, würden bei Aufhebung der Beschränkung ausländische Produkte aufgrund zu geringer Nachfrage unverkäuflich werden und die Unternehmen müßten Verluste hinnehmen. (SCMP, 27.8.97)

Welche Bedeutung die Unternehmen mit ausländischem Kapital für den Außenhandel haben, zeigen die Statistiken der chinesischen Zollbehörden. So stieg im 1. Halbjahr das Außenhandelsvolumen dieser Unternehmen um 15% gegenüber der Vorjahresperiode auf nunmehr 67,21 Mrd. US\$. Damit entfiel auf diese Unternehmen ein Anteil von 46,7% am gesamten Außenhandel Chinas. Im letzten Jahr belief sich dieser Anteil auf 47,2%.

Für die Unternehmen mit ausländischem Kapital stellt die exportorientierte Weiterverarbeitung die wichtigste Form dar, deren Anteil am Handelsvolumen von 70,6% im letzten Jahr auf 74,4% im 1. Halbjahr 1997 stieg. Das wertmäßige Volumen erhöhte sich um 24,4% auf 28,13 Mrd. US\$. Die Verarbeitung importierter Materialien für den Export ist die wichtigste Form des Veredelungsverkehrs. Hierauf entfielen 90,7% des wertmäßigen Volumens bzw. 45,36 Mrd. US\$. (XNA, 20.8.97) -schü-

## 20 Expansion der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Korea und China

Seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Korea und China im Jahre 1992 haben sich die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen schnell entfaltet. Nach koreanischen Angaben vervierfachte sich das Volumen des Außenhandels von 4,5 Mrd. US\$ im Jahre 1992 auf 19,9 Mrd. US\$ im Jahre 1996.

Koreas Exporte in die VR China beliefen sich bis zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen auf weniger als 0,6 Mrd. US\$ und erreichten 1991 erstmals die 1-Mrd.-US\$-Grenze. Allerdings gab es bereits vor 1992 indirekte Lieferungen über Drittländer nach China. Bis zum letzten Jahr erhöhten sich die koreanischen Exporte auf 11,377 Mrd. US\$. Bezogen auf die Gesamtexporte Koreas erhöhte sich Chinas Bedeutung damit drastisch:

\* 1992 entfiel ein Anteil von 3,46% auf Exporte nach China, 1996 betrug der Anteil bereits 8,77%. Nach den USA und Japan stieg damit China

zum drittgrößten Exportmarkt für koreanische Güter auf.

Importe aus China nahmen ebenfalls rasch zu. Von einem Importvolumen von 3,7 Mrd. US\$ im Jahre 1992 ausgehend stiegen die Einfuhren auf 8,5 Mrd. US\$ im Jahre 1996.

\* Bezogen auf die Gesamtimporte erhöhte sich Chinas Anteil nur in relativ geringem Umfang von 4,56% auf 5,68%, doch ist China für Korea inzwischen zum drittgrößten Lieferanten aufgestiegen.

Aus der Sicht Chinas hat sich ebenfalls die Bedeutung Koreas für den Außenhandel erhöht:

\* Bezogen auf den Gesamthandel Chinas entfiel auf den Warenaustausch mit Korea 1992 ein Anteil von 3,08%. Bis 1996 verdoppelte sich dieser Anteil bereits auf 6,89%.

\* Bezogen auf die Gesamtexporte Chinas stieg Koreas Anteil von 2,94% im Jahre 1992 auf 4,97% im Jahre 1996.

\* Bezogen auf die Gesamtimporte Chinas erhöhte sich Koreas Beitrag von 3,22% im Jahre 1992 auf 8,99% im Jahre 1996.

Korea exportierte 1996 mit 74,7% überwiegend schwerindustrielle und chemische Produkte nach China. 1992 hatte dieser Anteil 80,3% betragen. Der Anteil der leichtindustriellen Produkte nahm von 19,1% auf 23,5% zu.

Auf der Importseite erhöhten sich sowohl die Anteile von schwerindustriellen und chemischen Produkten (1992: 28%; 1996: 47,2%) als auch von leichtindustriellen Gütern (24,8%; 26,4%). (*Korea Herald*, 19.8.97; XNA, 20.8.97; Ministry of Finance and Economy/Korea Development Institute, *Economic Bulletin*, Vol. 21, No. 3, S. 32-33)

Ende August d.J. hat China mit Blick auf den WTO-Beitritt zugesagt, schrittweise die Zölle für 1.584 südkoreanische Importgüter zu reduzieren. Innerhalb eines Zeitraums von sieben Jahren nach Beitritt zur WTO sollen die Zölle auf südkoreanische Importe um durchschnittlich 57% gesenkt werden. Weiterhin sollen bestimmte nichttarifäre Hemmnisse wie Importlizenzen und -quoten auf wichtige südkoreanische Importgüter wie Fahrzeuge, Motorräder, Reifen, Radios und Komponenten für Fernsehgeräte aufgehoben werden. (FT, 27.8.97)

China ist inzwischen auch in verstärktem Umfang als Zielland für koreanische Investoren attraktiv geworden. Bis Ende 1996 gab es 2.876 Projekte mit koreanischen Investitionen in Höhe von 2,66 Mrd. US\$. Gegenüber 1991 mit 99 Projekten und einem Investitionsvolumen von 65 Mio. US\$ fand eine schnelle Erhöhung von Projektzahl und Volumen statt. Bezogen auf Chinas Gesamtinvestitionen entfiel auf Korea ein Anteil von rd. 2%. (XNA, 20.8.97)

Ein Teil der Investitionen fließt aufgrund der geographischen Nähe und kulturellen Bindungen in die Provinz Shandong und nach Nordostchina. Ein Beispiel hierfür ist ein Joint Venture, das das koreanische Unternehmen Hyundai Electronics Corp. in Dalian, Provinz Liaoning im August gegründet hat. Hyundai wird in Dalian 150 Mio. US\$ mit dem Ziel investieren, eine Produktion von Festplattenlaufwerken aufzubauen. Das Unternehmen wird in der Wirtschafts- und Technologieentwicklungszone gelegen sein und rd. 5.000 Arbeitskräfte beschäftigen. Bis 1998 soll mit der Produktion, die vollständig für den Export bestimmt ist, begonnen werden. (XNA, 1.9.97) -schü-

## 21 China beteiligt sich an Stützung der thailändischen Währung

Mitte August d.J. hat die chinesische Zentralbank ihre Bereitschaft erklärt, sich an der Unterstützung des Internationalen Währungsfonds (IWF) für die Stabilisierung der thailändischen Währung zu beteiligen.

Dai Xianglong, Präsident der Zentralbank, begründete Chinas Beteiligung damit, daß von Instabilitäten auf dem Finanzmarkt alle asiatischen Ländern betroffen seien. Mit internationaler Unterstützung, so Dai Xianglong, könne die Stabilität des thailändischen Baht wiederhergestellt werden, der nach Abkoppelung vom US-Dollar um rd. 20% abgewertet worden ist.

Chinas Beitrag zum IWF-Hilfspaket für Thailand in Höhe von insgesamt rd. 16 Mrd. US\$ wird sich auf rd. 1 Mrd. US\$ belaufen. Japan und der IWF sind mit jeweils 4 Mrd. US\$ die wichtigsten Kreditgeber, Australien, Hongkong, Singapur und Malaysia werden jeweils rd. 1 Mrd. US\$ dazu beitragen. Andere Teilnehmer sind Südkorea, Indonesien, die Weltbank sowie die Asiatische Entwicklungsbank. Zu welchen Bedingungen

hinsichtlich Verzinsung, Laufzeit etc. Chinas Unterstützung erfolgen wird, ist bisher noch nicht bekannt.

Chinas Beteiligung an dem Sanierungspaket für Thailand wurde international und in der asiatischen Region sehr positiv aufgenommen. China zeige damit, daß es eine bedeutende Rolle in der Region spielen wolle. Während China durch seine Beteiligung nichts verlieren könne, sei durch die Unterstützung des IWF-Hilfspakets sein Image in der Region gestiegen. Allerdings habe China auch ein Interesse daran, Währungsturbulenzen und Abwertungen in den asiatischen Ländern einzudämmen, da hierdurch die Wettbewerbsfähigkeit seiner Exportprodukte gefährdet würde. Mit Blick auf die hohen Devisenreserven Chinas von derzeit rd. 126 Mrd. US\$ wird in den Kommentaren auch darauf verwiesen, daß China die finanzielle Beteiligung nicht schwerfallen würde. (AWSJ, 16.8.97; SCMP, 15.8.97; NfA, 15.8.97)

Chinas eigene Währung ist von den Turbulenzen in Thailand, Philippinen, Singapur und Indonesien kaum betroffen worden. Nach wie vor kontrolliert die Regierung Devisentransaktionen und Kapitaltransfers in starkem Maße. Leichte Schwankungen des Wechselkurses lagen in der Bandbreite 1 US\$:8,285-8,315 Yuan. (SCMP, 1.8.97) Allerdings könnten weitere Abwertungen der übrigen asiatischen Währungen, die mit einer Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit für chinesische Produkte verbunden wären, auch Chinas Währung unter Druck setzen. (SCMP, 15.8.97) -schü-

---

## SVR Hongkong

---

### 22 Wahlrechtsreformen: Privilegien für die „Reichen, Mächtigen und Pro-Kommunisten“?

Die Hongkonger Regierung hat mit Zustimmung der Provisorischen Legislative die Weichen gestellt für die im nächsten Mai anstehenden Wahlen zum ersten regulären Legislativrat der SVR. Nach der im August verabschiedeten Neuordnung des Wahlrechts werden die 60 Abgeordneten im Legislativrat künftig folgendermaßen bestimmt (SCMP, 16./17./26.8.1997):

- 30 Abgeordnete werden durch sogenanntes „corporate voting“ in branchenbezogenen und berufsständischen Wahlkreisen (functional constituencies) bestimmt. Unter Patten war der Kreis der Stimmberechtigten in solchen Wahlkreisen auf insgesamt 2,7 Mio. Wähler ausgedehnt worden. Künftig werden nur noch etwa 180.000 Wähler aus stimmberechtigten Organisationen bzw. Unternehmen teilnehmen können. 21 „functional constituencies“ aus der Patten-Ära bleiben erhalten. Unter den 9 neu errichteten finden sich winzige Wählerschaften wie etwa die Fischerei- und Landwirtschaftsbranche, die im neuen Wahlsystem politisch gegenüber bedeutenderen anderen Gruppen bevorzugt werden.
- 20 Abgeordnete werden durch eine Verhältniswahl in fünf geographischen Wahlkreisen (geographical constituencies) bestimmt. Während unter Patten individuelle Kandidaten in einer Mehrheitswahl bestimmt wurden, werden die Kandidaten sich künftig einer Wahlliste bzw. Partei anschließen müssen, um überhaupt Erfolgsaussichten zu haben. Die Wahlbezirke werden im Durchschnitt um das Fünffache vergrößert, so daß die Wahlkampfkosten für die einzelnen Kandidaten beträchtlich steigen.
- 10 Abgeordnete werden durch ein 800 Mitglieder umfassendes Auswahlkomitee bestimmt. Das Komitee setzt sich aus Vertretern verschiedener politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Organisationen zusammen, die zum Teil eng mit Beijing verbunden sind (etwa die Provisorische Legislative oder die Hongkonger Delegierten des Nationalen Volkskongresses).

Die Wahlrechtsreformen wurden von Liu Huiqing (Emily Lau Wai-hing), Mitglied des zum 1. Juli aufgelösten, demokratisch gewählten Legislativrats, scharf kritisiert, da die Wahl von „den Reichen, Mächtigen und Pro-Kommunisten“ dominiert werden könne. 40 der 60 Sitze würden überwiegend durch Vertreter der Unternehmenswelt oder durch Beijing-nahe Gruppen vergeben. Vertreter der Demokratischen Partei gehen davon aus, daß man zwar 1998 den Sprung in die Legislative wieder schaffen werde, kaum aber einen Sitzanteil von einem Drittel zurückgewinnen könne, wie man ihn vor dem 1. Juli einge-

nommen habe. Als besonders bedenklich werden auch außerhalb der dezidiert chinakritischen Kreise die neuen Wahlbestimmungen zu den „functional constituencies“ eingeschätzt, weil sich das System des „corporate voting“ unter britischer Herrschaft als außerordentlich anfällig für Korruption, Stimmenkauf und sonstige Manipulationen erwiesen hatte.

Die Wahlrechtsreformen dienen dem Ziel, eine „von der Exekutive geführte“ Regierungsordnung herzustellen, wie sie im Grundgesetz der SVR vorgesehen ist. Nach den jüngsten Wahlrechtsreformen ist es zweifelhaft, ob der im Mai 1998 zu wählende neue Legislativrat eine aktivere politische Rolle spielen können als die heutige Provisorische Legislative. Die von der Exekutive ausgehende Rechtsetzung, die sich in den ersten beiden Monaten nach dem Souveränitätswechsel etabliert hat, wird auch nach der Wahl voraussichtlich ihre Fortsetzung finden. Der gewählte Legislativrat wird unter diesen Umständen wie die jetzige Provisorische Legislative kaum zu einer ernsthaften politischen Herausforderung für die SVR-Regierung und für Beijing werden können. -hei-

### 23 Hongkonger Delegierte im Nationalen Volkskongreß: Neues Auswahlverfahren

Die Sonderverwaltungsregion Hongkong wird vom nächsten Jahr an durch eine eigenständige, sechshunddreißigköpfige Abgeordnetengruppe im Nationalen Volkskongreß (NVK) vertreten sein. Bisher waren die Hongkonger Delegierten in die Abgeordnetengruppe der Provinz Guangdong integriert.

Die 36 Hongkonger Delegierten werden unter anderem durch das 400 Mitglieder umfassende Auswahlkomitee bestimmt, das Ende 1996 bereits den Verwaltungsdirektor Dong Jianhua und die Provisorische Legislative gewählt hat. Außerdem werden die Hongkonger Mitglieder der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes, die Mitglieder der Provisorischen Legislative und die derzeitigen Hongkonger Mandatsträger im NVK stimmberechtigt sein. (SCMP, 21.8.1997)

Um die 36 Sitze im NVK (der von insgesamt knapp 3.000 Delegierten gebildet wird) werden sich voraussichtlich viele Hongkonger Kandidaten bewerben. Selbst die De-